



Interviews

11. April 2024

Manfred Weber im Gespräch mit Dirk-Oliver Heckmann

Dirk-Oliver Heckmann: Am Telefon begrüße ich dazu Manfred Weber von der CSU. Er ist Chef der EVP-Fraktion im Europaparlament. Guten Morgen, Herr Weber.

Manfred Weber: Guten Morgen, Herr Heckmann.

Heckmann: Die Europäische Union zieht die Mauern weiter hoch. Passt das zu Ihrem christlichen Menschenbild?

Weber: Die Europäische Union hat in den letzten Jahren Millionen an Flüchtlingen aus der Ukraine willkommen geheißen und heißt auch jeden, der aus dem Mittelmeer gerettet wird, zunächst auf europäischem Grund und Boden willkommen. Wir sind als Europa weltweit der Kontinent, der am meisten leistet, um Menschen zu helfen. Deshalb ist es einfach falsch, von Festung zu sprechen. Wir sind hilfsbereit! Aber die Menschen in Europa, gerade bei uns in Deutschland, wo jeder Bürgermeister derzeit stöhnt, angesichts der Ankunftsahlen, weist darauf hin, dass wir über 60 Prozent der Menschen, die zu uns nach Deutschland kommen, keine Flüchtlinge sind, nach einem rechtsstaatlichen Verfahren abgelehnt sind. Das heißt, wir müssen jetzt Ordnung schaffen. Das ist die Kernbotschaft und da hat sich meine Fraktion, die Europäische Volkspartei, wir Christdemokraten, jetzt mit unserer Linie endlich durchgesetzt, auch dass Sozialdemokraten, dass Faeser das endlich akzeptiert hat, dass wir an der Außengrenze für Ordnung sorgen müssen. Deswegen ist die Grenzsicherung, das Schnellverfahren an die Außengrenze, auch die geschlossenen Anlagen, dass Menschen dort zunächst hingebacht werden und das Verfahren zunächst durchgeführt wird, bevor sie sich frei bewegen dürfen, das Zentrum dieses Gesetzes. Der Staat entscheidet und nicht die Schlepperbanden entscheiden, wer nach Europa kommt.

Heckmann: Migrationsexperten sagen allerdings ziemlich unisono, Herr Weber, dass die Migrationspolitik der Staaten keine direkten Auswirkungen habe auf Flüchtlingsbewegungen. Das heißt, Menschen, die sich in Not sehen, machen sich auf den Weg, so oder so.

Weber: Solange Afrika so arm ist und Europa so reich ist, wird es Migration geben. Was wir gestern beschlossen haben ist, wir wollen sie humanitär ordentlich gestalten, aber wir wollen sie auch gestalten. Es kann doch nicht sein, dass der Staat einräumt, er könne diese Migrationsströme nicht unter Kontrolle bekommen. Natürlich ist das möglich, wenn man will, und der Staat muss die Kontrolle an der Außengrenze entscheiden. Ich sage Ihnen, das wird auch über die politische Zukunft Europas mit entscheiden. Wir wissen, dass Rechtsradikalismus in Europa hauptsächlich, auch wie Sie es im Vorbericht gesagt haben, diese AfD-Lügen, die da praktiziert werden – natürlich wird registriert an der Außengrenze, natürlich wird rückgeführt auch mit dem neuen EU-Recht. Aber mit diesen Lügen, die Rechtsradikale verbreiten, wird Europa massiv gespalten und insofern war gestern ein historischer Tag, dass sich dieser Kontinent, 25, 27 Staaten zusammengerauft haben, die demokratischen Parteien in

der Mitte zusammengerauft haben, ein wichtiger Tag, dass wir in Europa einen Plan haben, wie wir mit dieser großen Aufgabe umgehen. Die Alternative wäre gewesen, dass heute die Zeitungen und die Medien schreiben, Europa scheitert wieder mal beim Lösen der Migrationsfrage. Insofern: Wenn man sich diese Alternative vergegenwärtigt, war es gestern ein wichtiger Tag für die Einheit Europas.

Heckmann: Sie wollen die Asylfrage humanitär lösen, sagen Sie. Innenministerin Faeser von der SPD hatte sich ja für Ausnahmen für Familien mit kleinen Kindern eingesetzt. Die sollten eben nicht in diesen Asylzentren an den EU-Außengrenzen festgehalten werden. Dass die jetzt doch in das Grenzverfahren einbezogen sind, das ist für Sie kein Problem?

Weber: Das ist für mich kein Problem, weil natürlich in diesen Anlagen humanitäre Standards gelten. Die sind in Europa. Jeder Grenzbeamte auch in Italien und Griechenland ist ein Familienvater und kümmert sich um seine humanitäre Verantwortung. Wir sind in Europa! Deshalb geht es um die Frage, ob Kontrollen durchgeführt werden, und ich darf darauf hinweisen, das gleiche Verfahren haben wir heute auch in Frankfurt am Main am Flughafen. Das haben wir auch in München, in Hamburg bei Flügen von außerhalb Europas, die kommen. Auch da gibt es dieses Schnellverfahren an der Grenze und insofern bitte ich darum, wir müssen an der Grenze für Ordnung sorgen. Das ist die zentrale Botschaft. Die Zahlen der illegalen Anreisenden müssen runtergehen. Und ich muss parteipolitisch noch sagen, dass die Grünen sich gestern unverantwortlich verhalten haben. Sie sind nach wie vor Opposition und übernehmen keine Verantwortung. Sie haben gestern gegen diesen Pakt gestimmt im Wissen, dass die Alternative Chaos in Europa ist, Durcheinander in Europa ist, und ich war schon überrascht, dass Außenministerin Baerbock noch geworben hat für die Zustimmung und die deutschen Grünen auch im Europaparlament das abgelehnt haben. Wir wissen ja gar nicht, wo die Grünen denn eigentlich hinwollen. Wir brauchen in Europa Lösungen, den Willen zum Kompromiss, und diejenigen, die sich verweigern, wie die Grünen, die sind leider Gottes nicht europäische Partei, weil sie nicht zu dem beitragen, dass wir in Europa einen Konsens mittragen.

Heckmann: Soweit zu Ihrer Kritik an der Haltung der Grünen-Partei in Brüssel. Besonders umstritten ist auch aus Sicht der Grünen die sogenannte Krisenverordnung. Wenn besonders viele Migranten kommen, dann dürfen sie länger an der Grenze festgehalten werden. Das ist für Sie kein Problem?

Weber: Herr Heckmann, ich muss darauf hinweisen, wir hatten im Dezember die Entscheidung, dass die finnische Regierung die Grenze zu Russland dichtgemacht hat. Warum? Weil Putin Migranten aus dem Irak in den Flieger setzt, sie nach Nordrussland bringt und sie dort an die finnische Grenze schickt. Wir haben die Erfahrung, dass mittlerweile Migranten im hybriden Krieg Russlands gegen uns eingesetzt werden. Das ist die Realität in der Welt draußen und dieser Realität müssen wir uns stellen.

Noch mal: Wir werden alles tun, um jeden Menschen humanitär ordentlich zu behandeln. Aber Europa darf sich nicht erpressen lassen. Europa darf nicht naiv sein in dieser Welt, in

der wir leben. Deswegen müssen auch diese Maßnahmen rechtlich abgesichert werden. Unsere Beamten müssen übrigens auch Rechtssicherheit haben, was sie denn tun dürfen und was sie nicht tun dürfen. Ich bleibe dabei: Europa ist der Kontinent, der am meisten hilft. In der Ukraine haben wir das gezeigt. Alle Staaten der EU haben alle Grenzen geöffnet und heißen ukrainischen Kriegsflüchtlinge willkommen. Aber der Staat entscheidet und nicht die Mafia. Das ist der zentrale Punkt dieser Gesetzgebung.

Heckmann: Da soll es ja eine erhebliche Kurskorrektur geben. Der Grünen-Migrationsexperte Erik Marquardt, den wir gerade schon gehört haben, hat ganz klar gesagt, diese Reform wird weder die Migration begrenzen, noch die Verteilung verbessern und erst recht nicht die Verfahren vereinfachen, im Gegenteil, und die Verfahren würden nicht kürzer, sondern länger dauern.

Weber: Das lassen wir jetzt einfach mal ausprobieren. Wir haben jetzt dieses Gesetz beschlossen. Das jetzige Verfahren ist offensichtlich chaotisch. Jeder Staat schiebt den schwarzen Peter auf den anderen und die jetzige Lage hat sogar dazu geführt, dass wir in Europa wieder Grenzkontrollen eingeführt haben. Auch die deutsche Bundesregierung mit grüner Beteiligung unterstützt diese derzeitigen Grenzkontrollen. Insofern kann doch die jetzige Lage niemand zufriedenstellen und eine Verweigerungshaltung, wie sie die Grünen haben, wird die Sache sicher nicht besser machen. Sie sind Opposition, sie sind Ideologen, die grünen Aktivisten, aber sie wollen das Problem offensichtlich nicht lösen. Ich will aber einen Schritt weitergehen. Ich glaube, der Pakt war gestern wichtig, aber natürlich müssen wir weitergehen. Ganz konkret brauchen wir jetzt Abkommen mit unseren Nachbarstaaten. Wir haben im Januar, Februar und März nur noch ein Drittel der Ankunftsahlen aus Tunesien gehabt wie im Vergleichsjahr letztes Jahr. Das heißt, wenn wir mit unseren Nachbarn arbeiten, dann helfen auch die mit, die Mafia zu bekämpfen und die illegale Migration zu bekämpfen. Insofern müssen wir jetzt mit Ägypten, mit Tunesien, mit Mauretanien ins Gespräch kommen, um diesen Pakt jetzt auch mit Leben zu erfüllen, und meine Fraktion fordert auch – das werden wir auch im Wahlkampf nach vorne schieben -, dass wir jetzt Frontex massiv ausbauen müssen. Derzeit sind das Ziel 10.000 Frontex-Beamte. Wir wollen 30.000 Frontex-Beamte. Europa muss gemeinsam an der Außengrenze Verantwortung übernehmen. Dann können wir Humanität praktizieren, aber wir können gleichzeitig auch im Inneren Europas die Reisefreiheit behalten.

Heckmann: Sie haben die Migrationsabkommen angesprochen. Das ist ja sehr übersichtlich, was da bisher vorliegt, und Migrationsexperten sind sich einig, ohne mehr Migrations- und Rückführungsabkommen wird es auch keine Möglichkeit geben, die abgelehnten Asylbewerber wieder abzuschieben. Dash heißt, wo sollen die Leute hin?

Weber: Wir müssen, wenn wir mit afrikanischen Staaten, mit unseren direkten Nachbarstaaten in Nordafrika sprechen, als Europäer lernen, dass wir nicht nur mit unserem Problem kommen. Wir müssen wieder lernen, auf deren Probleme einzugehen, und deswegen werden diese Abkommen keine Rückführungsabkommen sein, sondern sie müssen Partnerschaftsabkommen sein, wo wir auch was anbieten, wo wir diesen Partnerstaaten auch eine

Perspektive geben. Das ist von der Methode, wie wir dort auftreten, extrem wichtig und extrem wertvoll, dass wir das machen. Wir haben jetzt mit Ägypten und mit Tunesien und mit Mauretanien diese Abkommen abgeschlossen. Sie wirken schon, die ersten Erfolge sind da, und auch hier muss ich darauf hinweisen, dass die Grünen diese Abkommen ablehnen.

Heckmann: Aber hat beispielsweise das Türkei-Abkommen, Herr Weber, nicht gezeigt, dass diese Abkommen nur auf dem Papier funktionieren? Seit vier Jahren wurde niemand mehr zurückgeführt. Auf Lesbos in Griechenland sind daraufhin Massenlager wie Moria entstanden. Die Menschen werden ein Jahr lang dort festgehalten, dann aufs Festland gebracht, und wenige Wochen später erreichen sie beispielsweise Deutschland. Das heißt, wird mit diesem gemeinsamen europäischen Asylsystem nicht eine Lösung angeboten, die eigentlich keine Lösung ist, und stärkt das nicht am Ende doch die Rechtspopulisten und Rechtsextremisten?

Weber: Es lohnt ein Blick auf die Fakten und die Fakten sagen, dass wir derzeit an der griechisch-türkischen Grenze keinen Hotspot haben. Wir haben an der tunesischen Grenze derzeit einen Hotspot und die Zahlen gehen zwischen Ägypten und Zypern nach oben. Das sind die Hotspots, die wir haben. Das heißt, das Türkei-Abkommen wirkt natürlich. Wir haben dort kaum illegale Übertritte. Erdogan will mit uns jetzt nach seiner Wiederwahl auch enger zusammenarbeiten und das müssen wir aufgreifen. Die Türkei hat viele Milliarden Euro von Europa bekommen, um die syrischen Flüchtlinge ordentlich unterzubringen. Die Türkei hat viel geleistet und wir haben an der Außengrenze geschafft, dass die Mafia nicht mehr das Geschäft macht. Insofern: Ich stehe dazu. Es gibt doch, Herr Heckmann, keine vernünftige Alternative, als mit unseren Nachbarn zu reden und dann einen Vertrag zu machen, wie wir die Aufgaben, die da vor uns stehen, gemeinsam lösen. Da gibt es doch gar keine Vernünftige Alternative dazu. Insofern kann ich überhaupt nicht nachvollziehen, warum diese Gespräche und die Abkommen ernsthaft kritisiert werden. Wir werden es nur miteinander schaffen. Aber Europa muss wissen, was es will, und seit gestern ist diese Bereitschaft, dass wir wissen, was wir wollen, klar, nämlich an der Außengrenze für Ordnung zu sorgen mit Verfahren, die in der Substanz richtig sind. Ich freue mich! Ich freue mich, dass wir das hingekriegt haben, dass sich der Kurs meiner Partei durchgesetzt hat.

Heckmann: Herr Weber, wir haben nicht mehr viel Zeit, aber ein wichtiger Faktor ist auch die Verteilung der Flüchtlinge auf Europa. Jetzt hat Ungarns Ministerpräsident Orbán diesen Solidaritätsmechanismus abgelehnt. Auch Strafzahlungen will er nicht leisten. Ähnlich äußert sich der eigentlich proeuropäische Ministerpräsident Polens, Donald Tusk. – Ist das im Prinzip nur ein Kompromiss auf dem Papier?

Weber: Das ist europäisches Gesetz, das wir beschlossen haben. Das ist verbindlich und da muss auch jeder Folge leisten. Ich freue mich, dass wir das per Mehrheit entscheiden. Das heißt, dass Viktor Orbán keine Blockademöglichkeit hat wie in anderen Bereichen. Europa handelt, weil wir mit Mehrheit entscheiden. Der Solidaritätsmechanismus ist der zweite zentrale Pfeiler dieser Gesetzgebung, die Strenge an der Grenze, aber auch die Solidarität im Inneren. Wenn echte Flüchtlinge kommen, sollen sie willkommen geheißen werden, und jeder muss einen Beitrag leisten. Und auch hier muss ich sagen, die Grünen haben auch diesen

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

Mechanismus abgelehnt. Sie sitzen im Boot mit Orbán. Insofern: Ich freue mich, dass es durchgegangen ist, und die Grünen haben viel zu diskutieren.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.